

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drehbuchstift: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241.  
Kur für Nachrichten: 20011.

Wochenschriftliche vierfachlich in Dresden und Neustadt bei gleichzeitiger Ausgabe am Sonn- und Montagabend, während es die Vollausgabe am Morgen in einer Gesamtausgabe erhalten.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Liebsch & Reichardt in Dresden.

Redaktionsamt mit deutscher Quellenangabe („Dresdner Stadt.“) politisch. — Unterfangte Schriftsätze werden nicht aufbewahrt.

## Deutsche Sturmerfolge an der Ostfront.

Über 1600 Russen und Rumänen gefangen. — Deutsche Fortschritte im Oder-Tal und am Sereth. — Erfolgreiche Gegenstöße an der standhaften Front. — Wieder 18 000 Tonnen versenkt. — Die englischen Mannschaftsnoten. — Die Blutopfer der Kanadier.

### Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 29. August 1917.

#### Weißlicher Kriegshauptrat.

Unter dem Einfluss härrischer, regnerischer Witterung blieb fast durchweg die Feuerkraftigkeit in mäßigen Grenzen. Zahlreiche eigene Erkundungsvorläufe brachten uns Gewinn an Gefangenem und Beute.

#### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In Flandern lebte am Abend der Artilleriekampf zwischen Langemark und Hollebeke auf. Unter Gegenstoß wuchs die Engländer aus der nordöstlich von Ypres gelegenen gewonnenen Einbuchtung zurück.

#### Heeresgruppe deutscher Kronprinz

Vor Verdun stärkere Kampftätigkeit der Artillerien nur auf dem Ostufer der Maas zwischen Beaumont und Domloup.

#### Heeresgruppe Herzog Albrecht

Zur Vergeltung für die Belagerung von Thiaucourt durch die Franzosen wurden von uns Noviantaux-Bré et Pont à Mousson unter Bernstorff gesammelt.

#### Ostlicher Kriegshauptrat.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern

Keine größeren Kampfhandlungen.

Heeresfront des Generaloberhauptes Erzherzogs Joseph

Beiderseits des Oder-Tales härrten schlesische und österreichisch-ungarische Truppen eine Höhestellungen und wiesen nördlich von Großenkneten starke Gefangenestände auf. Mehr als 600 Gefangene wurden eingeschossen.

Gegen die Gebirgsfront zwischen Galizien- und Bukowina-Tal rückten die Rumänen an mehreren Stellen vor, ohne einen Erfolg zu erzielen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen

Am Gebirgsrande westlich des mittleren Sereth nahmen nach wirkungsvoller Artillerievorbereitung preußische, bayerische, sächsische und mecklenburgische Divisionen im Häuserkampf das Dorf Muncelul. Den geschlagenen Gegner drängten sie unauhaltbar über mehrere Stellungen an beiden Seiten des Sustea-Tales nach Nordwesten zurück. An dem Ungetüm der Angreifer verschafften russisch-rumänische Gegenangriffe.

Der Feind hütte über 1000 Gefangene, 3 Geschütze und 30 Maschinengewehre ein und erlitt erhebliche blutige Verluste.

Lebhafte Kampftätigkeit der Artillerien.

#### Mazedonische Front

Die Feuerkraftigkeit war vielfach stärker als in letzter Zeit, besonders zwischen Wardar und Doiran-See. Vorfeldeindrücke an den Höhen der Midzil-Planina verliehen für die Bulgaren erloschen.

Der Erste Generalquartiermeister:

(W. T. B.) Endendorff.

### Amtlicher deutscher Admiralsbericht.

Berlin, 28. August. (Amtlich.) Am Atlantischen Ozean haben unsere U-Boote neuerdings 18 000 Br.-T. vernichtet. Unter den versunkenen Schiffen befanden sich ein bewaffneter englischer Dampfer vom Aussehen der „Salomo“ (500 Br.-T.), der italienische bewaffnete vollbeladene Dampfer „Eugenio“, ferner ein bewaffneter englischer Dampfer unbekannter Namens, anscheinend mit Ladung.

(W. T. B.) Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

### Der österreichisch-ungarische Vorbericht.

Wien, 28. August. Aus dem A. u. A. Kriegsspitzenquartier wird vom 28. August abends mitgeteilt: Auf der Hochfläche von Seiligenstadt und östlich von Götzs bei uns veränderte Lage sehr heftige Kämpfe. (W. T. B.)

#### Besitzfragen im Hauptanschluß.

(Drehmeldung unseres Berliner Mitarbeiters.) Berlin, 29. Aug. Der Hauptanschluß des Reichstages trat heute an seiner voraussichtlich letzten Sitzung vor der Vertrauung bis zum September zusammen. Auf der Tagesordnung standen: Die Besitzur., das Versammlungsrecht und der Belagerungszustand. Von den Abgeordneten Prinz zu Sachsen-Carolath, Erzberger (Benz.), v. Payer (Bp.) und Scheidemann (Soz.) lag ein Antrag vor, der den Reichskanzler erforderte, davor zu wirken, das

#### die politische Besitzur.

alsbald befehligt wird. Ferner beantragten die Sozialdemokraten, wie schon früher, so auch diesmal, die Aufhebung des Belagerungszustandes. Im Laufe der Aussprache ging ein von Mitgliedern der nationalliberalen Partei, des Zentrums, der Volkspartei und der Sozialdemokratie unterstützter Antrag ein, der die Aufhebung der Bundesstaatsverordnung vom 3. August 1917 über die Beauftragung von Richtern verlangt. (Diese Verordnung unterwarf Richterwählungen politischen Besitzmaßnahmen.) Ferner haben die Abgeordneten Heine (Soz.), Doe (Bp.) und Erzberger (Benz.) zur Besitzur. folgenden Antrag eingebracht: Der Reichskanzler wird erfordert, die Einholung der folgenden Grundsätze über die Handhabung der Besitzur. während des Krieges sowie eine Verhandlung darüber zu veranlassen: Die den Militärbehörden aufgrund des Gesetzes über den Belagerungszustand zuliegenden Besitzrechte verhindern das Recht, einschließlich des Buchverlags, gegenüber auf das Gebiet der Wirtschaft von Tatsachen der Kriegsführung und deren Kritik, soweit durch solche Erörterungen militärische Unternehmungen beeinträchtigt werden könnten. Die Förderung der Kriegs- und Friedensziele, von Besitzungsfragen und Angelegenheiten der inneren Politik unterliegen nicht der Besitzur. Verbote von Zeitungen und Zeitschriften dürfen nur aus Gründen der Sicherung militärischer Unternehmungen und unter Zustimmung des Reichskanzlers und nach Anhörung des Herausgebers über die Gründe des beabsichtigten Verbots erfolgen.

Zunächst sprach ein fortschrittlicher Abgeordneter, der ausführte, daß nach den wiederholten Ausschreibungen die Besitzur. sich ausschließlich auf militärische Angelegenheiten zu beschränken habe. Trotzdem gebe es noch immer auch eine politische Besitzur. Dabei färmten häufig Fälle von Impartialität vor. Auffällig sei zwar immer verprochen, aber nicht durchgeführt worden. Es müsse verlangt werden, daß die politische Besitzur. den Militärbehörden abgenommen werde. Das könnte nur nach einer gründlichen Aenderung des Gesetzes über den Belagerungszustand geschehen.

Gin unabhängiger Sozialdemokrat (Dittmann) klagte, es regiere eine kleine Minderheit, die den Allgemeinen alles durch die Hände habe, und der Reichskanzler sei das Werkzeug der Militärdiktatur. Die Sozialisten würden mit kleinsten Mitteln verfolgt. Offizielle Versammlungen der unabhängigen Sozialisten würden so gut wie unmöglich gemacht. Briefe an die Abgeordneten der Unabhängigen würden durchschnitten. Noch immer werde die Schwabot gegen politische Gegner angewendet.

Unter dem Belagerungszustand bestehet eine wahre Schreckensherrschaft. Er beantragte gleichzeitig die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und die Wiederaufstellung der Freiheit der Presse und der Presse, sowie des uneingeschränkten Vereins- und Versammlungsrechts.

**Staatssekretär Dr. Helfferich**  
erwiderte, nach dem Kämperwechsel hätten die feindlichen Sitzungen die Behauptung verbreitet, der neue Reichskanzler sei nur ein Werkzeug der Militärdiktatur. Der sei unter Land gerichtet. Zweck solcher Ausstreunungen sei für jedermann klar. Er helle seit, daß der Abgeordnete Dittmann es für richtig gehalten habe, die gleiche Behauptung hier in Hauptanschluß des Reichstags aufzutreten, offenbar zu dem Zweck, sie brauen im Lande zu verbreiten, womit er wieder einmal die Geschäfte unserer Feinde befürchte. Die Persönlichkeit des Reichskanzlers sieht wohl für den ganzen Ausschluß an, doch über solchen Angriffen, als doch er als Vertreter des Reichskanzlers sie gegenüber dem Abgeordneten Dittmann an verdecktigen würde.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter führte aus, daß die Besitzverhältnisse immer schlimmer und das Übergriffe der Besitzur. immer breiter würden. Der Belagerungszustand müsse radikal bestimmt werden. Die Unterdrückung bestimmter politischer Richtungen und der Gewerkschaften müßten eng begrenzt werden in dem Sinne, wie es dem Antrag Heine-Döver-Erzberger wolle. Es müsse gestattet werden, zu sagen, daß man eine friedliche Verständigung anstrebe. Keine Besitzmaßregel dürfe das verhindern. Auch über Kundgebungen des Kaisers müsse gesprochen werden dürfen. Unser Volk müsse auch die Tatsachen erfahren, die unsere Freunde gegen uns ausführen. — Der neue Leiter des Reichsamt des Innern

#### Staatssekretär Dr. Wallat

ergriff hierauf zum ersten Male seit dem Antritt seines neuen Amtes das Wort. Er führte aus, daß die hier erörterten Fragen an den schwierigsten gehörten, die unter seine neue Tätigkeit fallen; handle es sich doch um Grundfragen der bürgerlichen Freiheit. Es gäbe zu entscheiden, wie weit die gegenwärtig ungewöhnlichen Umstände eine Beschränkung dieser Freiheiten erforderlich

machten. Gegen den Vorwurf der Willkürvergehenheit liege die Regierung Bewahrung ein. Der Redner nahm Stellung zu den vorliegenden Anträgen. Der Reichstag habe im Mai den Antrag, den Belagerungszustand aufzuheben, abgelehnt und seitdem habe sich nichts geändert. Daher müßte er jetzt wieder abgelehnt werden. Was die Besetzung der politischen Besitzur. anlangt, so gehöre zur Politik auch die außenpolitische Politik. In so heile Dinge aber durfe nicht mit rauer Hand eingegriffen werden. (Fortsetzung im Morgenblatt.)

#### Der Moskauer Kongress.

Die Petersb. Telegr.-Agentur meldet über den Kongress in Moskau am 27.: Im Namen der Vertreter einer Reihe demokratischer Vereinigungen verfasste Schröder eine Erklärung, die hervorhebt, daß nur die tätige Mithilfe der revolutionären Demokratie die Wiedergeburt der Armee und des Landes und die Rettung Russlands und der Revolution ermöglicht werden, daß die Demokratie nicht von dem revolutionären Flande getrennt werden könne und daß nur eine Macht, die sich auf die ungeheure Massenmacht stützt, das Land aus seiner kritischen Lage retten und die äußeren und inneren Feinde besiegen könne. Redner schloß seine Erklärung mit einem Appell an die vorläufige Regierung, die mit voller Machtvollkommenheit ausgestattet werden müsse. (W. T. B.)

(Meldung der Petersb. Telegr.-Agentur.) Am Abendkongress der Moskauer Konferenz vom 28. wies der Abendkongress des Kriegsministers Witschkom auf die drohende Gefahr einer Niederlage des russischen Heeres und auf die Krise im nationalen Wirtschaftsleben hin, die die Versorgung des Heeres mit Munition und Versiegungsmitteln täglich schwieriger macht. Unzufriedenheit und Misstrauung seien allgemein im Volke verbreitet. Die Hauptfrage sei gegenwärtig, die Wiederherstellung der ohnmächtig gewordenen Zentralregierung. Witschkom, der bei seinen Darlegungen die für jeden Redner festgesetzte Zeit überschreitet, muß tödlich die Rednertribüne verlassen, wogegen die der Rechten angehörenden Teilnehmer der Konferenz protestieren. Nach Witschkom sprach Schulgin, der sich gegen die Lösungsbemühungen gewisser Teile der ukrainischen Bevölkerung wandte. Sodann verfasste Kerenski ein Begrüßungstelegramm Billions, das der amerikanische Botschafter übermittelte, und beantragte unter dem Beifall der Versammlung den Minister des Außenministers Tereschenko, dem Botschafter den Kontakt der vierter Duma, Mallakov, gab seinen Zweifeln darüber Ausdruck, daß es der Regierung gelingen werde, ihr Programm durchzuführen. Im Namen der R. und S. Räte sprach Tschetessi über die während der Revolution hervorgerufenen Bedeutung der demokratischen Organisationen. (W. T. B.)

#### Die Diktatur Kerenski.

„Central News“ meldet aus Moskau, Kerenski weigere sich, die russische Konstituante während des Krieges einzuberufen. Er verschob sie formal aufs nächste Jahr und einigte sich mit der Mehrheit des Ministerrates darüber, daß über Russlands Zukunft erst nach dem Kriege entschieden werden werde.

Dem „Allgemeinen Pressedienst“ werden Einzelheiten aus Petersburg über die strengen Maßregeln mitgeteilt, die Kerenski zur Unterdrückung jeder Auflehnung gegen die Diktatur eingeführt hat. Das Regiment 703, das in den Petersburger Straßenkämpfen eine Rolle gespielt hatte, wurde zunächst von den Sozialen überwacht und dann entwaffnet. Hierauf ließ Kerenski jeden arbeitsfähigen Mann einschicken und die Ubrigens auf andere Regimenter verteilen.

#### Die englischen Mannschaftsnoten.

An der Londoner „World“ vom 9. August schreibt der Herausgeber F. de Wend-Aenton: Wenn der Weltkrieg in das Jahr 1918 hinaüberzieht, werden wir neues Mannschaftsmaterial zu beschaffen haben. Für seine Bereitstellung tragt sich das Kriegskabinett mit zwei Gedanken ein: entweder das dienstpflichtige Alter auf 15 Jahre heraufzusetzen oder alle Industriearbeiter bis zum Alter von 25 Jahren einzurichten. Man ist der Meinung, daß in Regierungs- und Privatstellen genügend junge Leute dieser Altersklassen abgeben könnten, ohne daß man also die Altersgrenze in die Höhe an schrauben oder halbblinde und schwäbische Leute in die Armee zu nehmen braucht. Mit der Idee eines militärisch durchgeföhrten Militärvorwages wird noch viel zu viel gespielt; es sollte die Hauptaufgabe der Regierung sein, hier fröhlich anzupassen. Am Anfang des Krieges stürmten die jungen Leute die Rekrutierungsstationen und die Beamten hatten nicht Zeit genug, mit allen fertig zu werden. Jetzt scheint gerade das Gegenteil der Fall zu sein, es scheint ein bedauerliches Bestreben zu bestehen, auf irgend eine Weise dem Militärdienst aus dem Wege zu gehen. Das ganze System der Tribunale ist verfehlt und sollte aufgegeben werden. Wenn das Rekrutierungsgefecht aus den Händen des Militärs in die Hände von Polizeibeamten gelegt werden soll, so muß vor allem auf eine unterschiedliche Einziehung eines jeden jungen Mannes bis zum Alter von 25 Jahren hingewiesen werden. Solche Maßnahmen nützen da nichts. Wir müssen unsere ganze Macht in die Taschen stecken, sonst wird der Krieg ein verbrecherisches Spiel mit Menschenleben und Geld.“